

# Kasachstan-Affäre

## Der Freisinn hat (wieder einmal) ein Problem

Von Matthias Halbeis und Moritz Kaufmann

**E**rst stand der Vorwurf gegen Christa Markwalder (FDP/BE) im Raum: Sie habe einen Vorstoss eingereicht, den ein Kasache zuvor bestellt und nach seinem Gusto umformuliert hätte. Für eine designte Nationalratspräsidentin eigentlich ein No-Go.

Doch wie der SonntagsBlick aufdeckte, **teilte Markwalder mit Toplobbyistin Marie-Louise Baumann auch Antworten auf Fragen, die sie in der Aussenpolitischen Kommission (APK) gestellt hatte.** Solche Interna sind vertraulich. Doch Baumann leitete sie trotzdem an den kasachischen Auftraggeber Asat Peruaschew weiter.

Je weitere Kreise die Affäre zieht, desto ungemütlicher wird es für die Involvierten.

► **Christa Markwalder:** Die Berner FDP-Frau liess sich von Baumann nicht nur für den Vorstoss instrumentalisieren. Weil die in der APK beschafften Informationen zu Baumann und von dort nach Kasachstan gelangten, liegt wohl eine Verletzung des Kommissionsgeheimnisses vor. **Markwalders Wahl zur Nationalratspräsidentin steht in Frage.** Sie reagierte gestern auf die neuen Fakten: Sie verurteilte «die Art und Weise dieses undurchsichtigen Lobbyings». Erneut bedauerte sie ihre «Gutgläubigkeit». Aber: Die APK-Antworten enthielten «weder vertrauliche noch brisante Informationen».

► **Nationalrat Walter Müller (FDP/SG):** Er liess sich von Lobbyistin Baumann mit Christian Miesch (SVP/BL), damals nicht im Na-



Walter Müller  
Der Selbstgerechte

Matthias Graf  
Der Chef der PR-Firma

Christa Markwalder  
Die Naive

Marie-Louise Baumann  
Die Superlobbyistin

Illustration: Igor Kravarik

# Eine schrecklich gefährdete Familie

tionalrat, nach Kasachstan einladen. Für Business-Flug, Hotel und Info-Programm zahlten sie nichts – die Kasachen aber rund 60 000 Franken an die PR-Agentur Burson-Marsteller. Müller

fand das unbedenklich. **Strafrechtliche Folgen sind aber möglich.** Müller reagiert nicht auf Anfragen.

► **Marie-Louise Baumann** steht plötzlich im Fokus – unange-

nehm für eine Lobbyistin. Sie weibelt mit ihrer eigenen Firma für Philip Morris. Den Auftrag gab Burson-Marsteller wegen Vorgaben der US-Zentrale ab (BLICK berichtete). Auf diesem

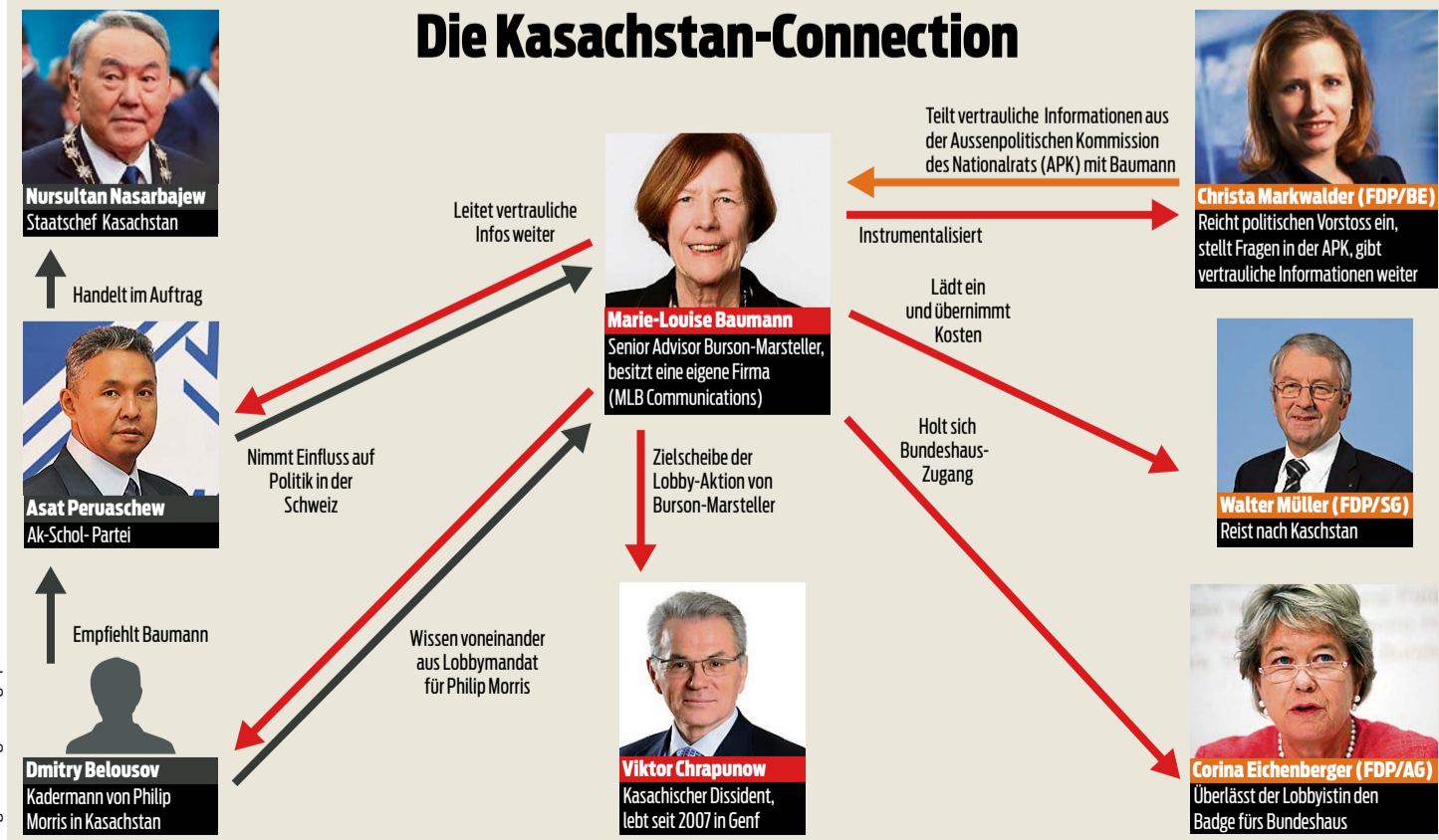
Weg kam **Baumann aber zum Kasachstan-Auftrag** – den sie wiederum im Auftrag von Burson-Marsteller betreut.

► **Burson-Marsteller:** Weil Baumann vertrauliche Informationen weitergab, hat nun auch Burson-Marsteller ein Problem. CEO Matthias Graf sagt: **«Nach den Vorwürfen gegen eine unserer Freelance-Mitarbeiterinnen haben wir eine interne Untersuchung eingeleitet.»** Graf will ein vollständiges Bild der Vorgänge erhalten, solange gelte die Unschuldsumutung. Das Mandat sei angenommen worden, bevor er zum Unternehmen gestossen

sei. Graf: «Sollten aber Fakten zutage treten, die unsere Prinzipien und Standards verletzen,

**Blick.ch Umfrage**  
**Wird Christa Markwalder Nationalratspräsidentin?**  
 Nein, als höchste Schweizerin ist sie nicht mehr tragbar.  
 Ja, sie hat ihre Lektion gelernt.  
 Die anderen sind nicht besser.  
**Stimmen Sie ab auf Blick.ch**  
**MARKWALDER**

### Die Kasachstan-Connection



## SIM-Karten illegal

**Zürich** – Kleine Telekomfirmen verkaufen illegal Prepaid-Angebote. Recherchen von BLICK zeigen: Lebara, Yallo und Lycamobile vergeben Nummern an Kunden mit einem F-Ausweis. Einen F-Ausweis erhalten vorläufig aufgenommene Ausländer. **Erlaubt wäre der Verkauf nur an Personen mit einem Reisedokument, das den Grenzübertritt in die Schweiz erlaubt.** Dazu zählt der F-Ausweis nicht.

Salt, Sunrise und Swisscom sagen, sie hielten sich strikt ans Gesetz. BLICK weiss von mehreren Fällen, bei denen Sunrise-Mitarbeiter Kunden mit F-Ausweis weiter an Yallo oder Lebara verwiesen, wo sie eine Prepaid-Nummer erhielten. **Pikant: Die beiden gehören zu Sunrise.** Deren Sprecher versichert, es gebe keine Hinweise auf ein solches Verhalten. «Sunrise instruiert seine Mitarbeiter, sich an das Ge-



Luise Baumann Lobbyistin

Corina Eichenberger Die Türöffnerin

**ie** werden wir uns entsprechende interne Schritte vorbehalten.» Die Weitergabe vertraulicher Infos sei immer problematisch, auch mangelnde Transparenz. Burson-Marsteller setze hohe Standards bezüglich Transparenz und Mandatsführung. Graf: «Das heutige Management steht dafür ein.»

► **Nationalrätin Corina Eichenberger (FDP/AG):** Sie verschaffte Baumann den Zugang zum Bundeshaus und liess zu, dass sich diese mit einer eigenen Firma registrierte. Doch Baumann lobbyierte auch weiter für Burson-Marsteller und vertrat so gegenteilige Interessen. Eichenberger weilt im Ausland und wollte keine Stellung nehmen.

► **Die FDP Schweiz:** Baumann stand als Ex-Mitarbeiterin im FDP-Generalsekretariat vor allem mit freisinnigen Politikern in Kontakt. Jetzt steht auch die

## verkauft

setz zu halten.» Das gelte auch für Lebara, Ortel und Yallo, sagt deren gemeinsame Mediensprecherin. Sie räumt aber ein: **Bei Stichproben habe man illegale Verkäufe festgestellt.** Beim Bund ist das Problem bekannt. Besonders Lycamobile ist den Behörden ein Dorn im Auge. Sie können fehlbare Anbieter aber nicht bestrafen. Lycamobile nahm zu den Vorwürfen bisher keine Stellung.

Onur Ogul

## POLITIK & WIRTSCHAFT

### Chef von Saint-Gobain wirbt um Vertrauen

**Baar ZG** – In einem offenen Brief wirbt Saint-Gobain-CEO Pierre-André de Chalendar um das Vertrauen der Sika-Aktionäre und der Schweizer Öffentlichkeit. Saint-Gobain will in einer unfreundlichen Übernahme die Schweizer Industrieparte Sika übernehmen. Diese soll eigenständig und an der Schweizer Börse bleiben, verspricht de Chalendar. Entlassungen bei Sika soll es keine geben. Sika-Manager wehren sich vor Gericht gegen die Übernahme.

### Luzern wählt bürgerlich und männlich

**Luzern** – Debakel für die SP in Luzern. Im zweiten Durchgang der parteilose bürgerliche Marcel Schwerzmann und der SVPLer Paul Winiker gewählt. Damit wird Luzern neu nur noch von bürgerlichen Männern regiert.

### 100 Milliarden Franken für Krebsmedikamente

**Frankfurt (D)** – Auf der ganzen Welt wurden 2014 gegen 100 Milliarden Franken für Krebsmedikamente ausgegeben. Das errechnete das deutsche Institut IMF Health. Für die Schweizer Pharmabranche sind das gute Nachrichten. Vor allem Roche ist dick im Geschäft mit Krebstherapien.

### Ökonom sagt SMI-Explosion voraus

**Zürich** – Starökonom Burkhard Varnholt sagt im SonntagsBlick dem Schweizer Börsenindex ein goldenes Zeitalter voraus. Laut dem Anlagechef der Bank Julius Bär steigt der SMI in den nächsten fünf Jahren auf 20 000 Punkte. Das wären mehr als doppelt so viel wie heute. Aktuell steht der SMI bei 9093 Punkten.

### Basler Musiker wegen Rassismus verurteilt

**Basel** – Der Basler Musiker David Klein wurde wegen der Verletzung der Antirassismus-Strafnorm verurteilt. Das berichtet die «NZZ am Sonntag». Klein hatte auf seiner Facebook-Seite geschrieben: «Muslime, die Nazis von heute.» Welche Strafe Klein erhielt, ist nicht bekannt.



Peter Hettich: Für Steuern braucht eine Änderung der Verfassung.

## Aus Billag-Gebühr wird Steuer

# Abstimmung illegal?

**D**er Abstimmungskampf um die neue TV- und Radio-Abgabe läuft heiss. Und seit Freitag ist klar: Es wird knapp! **Gemäss neuester Umfrage halten sich Befürworter und Gegner fast die Waage.**

Bis anhin bezahlten TV-Zuschauer und Radiohörer eine Empfangsgebühr. Wer keine Geräte zum Empfang der SRG-Programme hatte, musste sie nicht bezahlen. **Im neuen Gesetz ist eine Radio- und Fernsehgebühr fällig – jeder muss zahlen.**

Das greifen Experten jetzt auf und prangern die Vorlage

als illegal an. Peter Hettich, Professor an der Hochschule St. Gallen, sagt: **«Die Vorlage verstösst gegen die Verfassung.»** Wie kommt der Wirtschaftsprüfer zu diesem Schluss? «Jeder Haushalt muss die Abgabe entrichten, ob er eine Leistung bezieht oder nicht. Der Bund führt somit eine neue Steuer ein. **Für eine neue Steuer braucht der Bund eine Verfassungsgrundlage.»**

Der Bundesrat sieht das anders: Die neue Abgabe sei keine Steuer – aber auch keine Gebühr. Denn für beides bräuchte

es eine Verfassungsgrundlage. **Die Regierung drückt sich um eine Definition.** Medienministerin Doris Leuthard sagte kürzlich an einem SRG-Podium: **«Ob Steuer, Gebühr oder Abgabe – schlussendlich bekommt man einen Einzahlungsschein.»**

Hettich nennt die Haltung des Bundesrats «schelmisch». «Indem der Bundesrat die neue Steuer nicht als Steuer deklariert, umgeht er eine Verfassungsänderung und somit eine zwingende Volksabstimmung.» Nur dank des Referendums des Gewerbeverbands darf das Volk überhaupt abstimmen.

**Der emeritierte Verfassungsrechtler Rainer Schweizer teilt Hettichs Bedenken.** Auch er sieht die neue Abgabe als Steuer: «Es fehlen die Kausalität und die Äquivalenz zwischen Leistung und Abgabe bei all den Haushalten, die eben keine Programme der SRG nutzen oder gar keine Geräte haben.» Um den Missstand zu erklären, zieht Schweizer einen Vergleich zur Autobahnabgabe: «Es kommt mir, unwissenschaftlich gesagt, vor, **wie wenn man für Autobahnen eine Abgabe von allen Bewohnern erhebt, weil sie einmal als Beifahrer über eine Nationalstrasse fahren könnten.»**

Weiteren Zündstoff liefert das Bundesgericht. In einem kürzlich publizierten Urteil bezeichnete es schon die heutige Empfangsgebühr als Steuer, trotz der Ausnahmen für Leute ohne Radio und Fernseher. **Wegen dieses Urteils darf die Billag nun keine Mehrwertsteuer mehr verrechnen.** Denn Steuern sind nicht mehrwertsteuerpflichtig. Ob die SRG respektive die Billag die zu Unrecht erhobenen 11.30 Franken pro Jahr rückerstatten muss, ist aber fraglich. Florian Imbach

## Deutsch & deutlich Was die SRG tun muss

**D**ie SRG will alles. Unersättlich. Wie ein börsenkotiertes Unternehmen. Sie will hohe Einschaltquoten und bietet sich dafür mit anspruchsvollen Unterhaltungsformaten an. Sie will gleichzeitig Reputation und Akzeptanz in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, auch bei Minderheiten. Sie will über alle Sportrechte herrschen, Fussball, Eishockey, Ski, Formel 1, Tennis. Sie will die alten Zuschauer und die jungen Zuschauer binden. **Die SRG will alle. Und die SRG will alle Arten von Einnahmen, alle, die möglich sind.** Sie will Gebühren neu von allen. Sie will Werbeeinnahmen aus TV-Spots. Sie will Erlöse aus Sponsoring und Produktplatzierungen. Sie will Zusatzeinnahmen aus kostenpflichtigen Votings, obwohl die Zuschauer, bereits Gebühren bezahlt haben. Und sie peilt zielstrebig neue Erlösquellen im Internet an.



**Nur eines will die SRG nicht:** Freiwillig auf Vorteile verzichten. Dabei würde das dem privatrechtlich organisierten Unternehmen SRG mit Monopolbetrieb-Gehabe gut anstehen. **Sparen, wenn alle sparen müssen. Zeichen setzen, wenn Vorbilder gefragt sind.** Freiwillig werbefreie Abende nach 20 Uhr wie ARD und ZDF einführen, mindestens auf Werbeunterbrechung bei Spielfilmen wie ORF verzichten. Sponsoring den privaten Anbietern und Printmedien überlassen, sich aus eigenem Antrieb beschränken. Die SRG würde plötzlich zu einem sympathischen Unternehmen, das sich nicht mehr davor fürchten müsste, Volksabstimmungen zu verlieren.

Fibo Deutsch

# Betriebsausflug mit 6400 Angestellten



In Nizza brach die Gruppe den Guinness-Rekord für den grössten vom Himmel aus lesbaren Satz.

**Nizza (F)** – Chinesen reisen gerne in Gruppen. Doch der Betriebsausflug eines chinesischen Konzerns toppte alles. Der Präsident der Tiens-Gruppe, Li Jinyuan (57), spendierte letzte Woche 6400 seiner 12000 Angestellten einen viertägigen Trip durch Frankreich. **Er buchte 84 Flugzeuge, 150 Reisecars, 140 Hotels in Paris und 4700 Zimmer in Cannes und Monaco.** Die Gruppe hatte das Louvre-Museum für sich und besuchte das Cabaret Moulin Rouge. 34 Millionen Franken kostete das den Chef. Wohl ein Rekord in Sachen Betriebsausflug. Einen anderen Rekord stellten seine Mitarbeiter auf. In Nizza formierten sie sich zum grössten je vom Himmel aus lesbaren Spruch: «Tiens' Traum ist Nizza an der Côte d'Azur.»

Spendabler Konzernchef: Milliardär Li Jinyuan.